

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 257.

Mittwoch den 13. September.

1848.

Bekanntmachung.

Wegen eingetretener Krankheit der Frau Eicke muß die für heute zum Besten der Theater-Pensions-Anstalt angekündigte Vorstellung „des Pfarrherrn“ aufgeschoben werden und wird das Weitere seiner Zeit zur öffentlichen Kenntniß gelangen.
Leipzig den 13. September 1848. Der Ausschuss zur Verwaltung des Theater-Pensions-Fonds.

Landtagsverhandlungen.

Siebenunddreißigste öffentl. Sitzung der 1. Kammer, am 11. September 1848.

Der Antrag des Hrn. v. Friesen, ein vom Domherren v. Rostk (Mitglied der 1. Kammer) gegebenes Gutachten über Aufhebung der Domstifter drucken zu lassen, gab Anlaß zu einer Debatte, in der sich Präs. v. Schönfels (als Vorstand der 3. Deputation), Vicepr. Gottschald und v. Lehmen dafür, daß dieser Antrag besser von der Deputation ausgehe, v. Rostk, v. Biedermann, Hohenthal-Püchau, Ritterstädt, v. Posern, v. Thielau, Prinz Johann, Klinger für die Ansicht v. Friesen's erklärten, der gegen 2 Stimmen angenommen wurde.

Auf der Tagesordnung war die Berathung über die diesjährigen Nothstandsmaßregeln. Die 2. Deputation (Ref. v. Schönberg-Bibran) beantragte allenthalben den Beitritt zu den Beschlüssen der 2. Kammer. In der allgemeinen Debatte ließen sich hören: Graf Hohenthal-Püchau: der Nothstand ein Product der Civilisation und Uebervölkerung; die 4 Hauptmittel gegen ihn sind: Einheit Deutschlands, Freihandel, Selbstregierung der Gemeinden, politische Bildung des Volks. v. Friesen: er verstehe eigentlich nichts von der Sache; sein Grundsatz sei, daß zunächst nur die Industrie zu fördern sei, welche die natürlichen Producte des Landes verarbeite; die beste Organisation der Arbeit sei: zu arbeiten, zu verdienen und zu ersparen, daraus würden Capitalien; diese müsse aber die Regierung nicht so hoch besteuern, wie jüngst durch die Einkommensteuer. v. Welck: von der politischen Freiheit allein hängt der Wohlstand eines Landes nicht ab. Prinz Johann: Regierung und Stände haben zu verfahren wie ein Arzt; 1) die gegenwärtigen Symptome zu beseitigen; 2) die Wiederkehr der Krankheit zu verhüten. Letzteres sei besonders Aufgabe der deutschen Reichsgewalten. v. Thielau spricht über Civilisation, Luxusartikel, Liedesche Sparvereine. Reg.-Comm. Weinlig vertheidigt das bisherige Verfahren der Regierung, widerlegt v. Friesen und theilweis v. Thielau. Min. Oberländer: Sachsen habe bei der deutschen Handelspolitik auch eine Stimme. Organisation der Arbeit sei Leitung der Industrie durch gesetzliche Bestimmungen, u. a. auch zu dem Behufe, daß sie nicht ganz dem Capital und Geldsack verfallt. An den Sparvereinen werde sich die Regierung gern betheiligen. Dr. Großmann rühmt die Thätigkeit der Geistlichen Volbeding und Rothe in Schönfeld bei Leipzig hinsichtlich des dortigen Sparvereins und dessen wohlthätigen moralischen Einfluß. Er giebt den „Wählern“ schuld, daß sie den Nothstand absichtlich vergrößern, und warnt das Volk, sich von den Bärenführern nicht den Ring in die Nase legen zu lassen. Staatsmin. Georgi weist den Vorwurf der Feindseligkeit gegen das Capital zurück.

Die ersten 3 Punkte des Berichtes (ganz in der Reihenfolge des Berichtes der 2. Kammer) nahm die Kammer ohne Debatte an. Bei 4. (städtische Creditanstalten) wurde der der Regierung vorbehaltenen Widerruf ihrer Concessionirung (in Chemnitz) Gegenstand der Debatte. Min. Georgi erklärte, daß der Widerruf nur mit Rücksicht auf die Stände erfolgt sei, da diese sich früher gegen kleine Banknoten ausgesprochen. v. Thielau beantragt: „daß die Regierung in den nächsten 3 Jahren von dem Wider-

rufsrechte nur bei eintretendem Mißbrauche (der Bank) Gebrauch machen solle.“ Auf Anregung v. Welck's u. des Min. Georgi werden die Worte „nach Vorgang der Chemnitzer Anstalt“ gestrichen und so mit dem Thielauschen Antrage das Deputationsgutachten angenommen.

Achtundfunzigste öffentliche Sitzung der 2. Kammer, am 11. September 1848.

Der auf die Tagesordnung gesetzte Bericht über die Auswanderung mußte wegen Abwesenheit der Kön. Commissarien vertagt werden. Abg. Kresschmar berichtete 1) über das Gesuch des verabschiedeten Militairhautboisten Köpfiger um Pension; 2) ein ähnliches Gesuch der Amalie Lippold in Dresden. Beide werden abgewiesen. 3) Das Gesuch der Gemeinden Rosthal und Pesterwitz bei Dresden um den Bau einer Straße wird der Regierung übergeben.

Abg. Thiersch trug den Bericht der 2. Deputation über das Gesuch der Gemeinde Breitenbrunn um billigere Holzpreise, freie Hutung in den Forsten u. m. a. vor. Nachdem der Antrag auf den Druck des Berichtes abgelehnt worden und Abg. Heyn sich für die Petenten verwendet, v. Eriegern, v. Beust, Evans und Min. Georgi aber das abweisende Gutachten der Deputation gerechtfertigt, wurde dasselbe gegen 1 Stimme angenommen.

Die Erfolge der republikanischen Partei.

Die Erfahrung hat jetzt gelehrt, wohin Laueheit in der Theilnahme an den politischen Bewegungen führt, indem die republikanische Partei jüngst in Dresden einen Sieg davon getragen, den sie nicht errungen haben würde, hätte die constitutionelle bei Zeiten ihre Pflicht, ihre Schuldigkeit muß man sagen, gethan. Die republikanische Partei handelt, die constitutionelle aber wandelt — und wandelt — und wandelt — so lange bis sie selbst eines schönen Morgen überhandelt und ihre Oberherrschaft umgewandelt sein wird in Schleppträgerschaft der Republik. Hätten die Constitutionellen vor zwei bis drei Monaten ihre Partei im Vaterlandsvereine unterstützt, wären sie den dort eingedrungenen Republikanern durch consequente Aufstellung einer überwiegenden Majorität so zu Leibe gegangen, daß die Wählpartei in ihren Hoffnungen geknickt, gebrochen, endlich entmuthigt worden wäre, so hätte dieser der jetzige Sieg nun und nimmer entstehen können, denn hätten die Leipziger nicht das Signal gegeben und wären mit stürmischer Eroberungslust unablässig vorwärts gedrungen, so hätte die rothe Fahne den jetzt sich zeigenden Anhang im Lande nicht gefunden, im Gegentheil, die Republikaner würden schwach an Zahl und Kräften, vor wie nach dastehen. Was giebt aber der Wählpartei die Energie und Ausdauer und wodurch erklärt sich die verhältnismäßige Regungslosigkeit der Constitutionellen? Die Erklärung liegt darin, daß die Republikaner meist noch nicht zu fester Lebensstellung gelangte, zugleich unvermögende junge Leute sind, deren der natürliche Trieb vorzugsweise in jetziger aufgeregter Zeit sich bemächtigt hat, es durch einen Umschwung der bestehenden Ordnung rascher zu etwas zu bringen, als es bei dem gewöhnlichen Gange der Dinge möglich ist. Zu ihnen gehört ferner eine sehr